



RECHENSCHAFTSBERICHT DES VORSTANDES UND DES REFERENTEN FÜR POLITISCHE BILDUNG DES STADTJUGENDRINGS DARMSTADT

- 0. Einleitung
- 1. Allgemeine Stichpunkte zur Situation der Jugend
- 2. Entwicklung der Struktur des SJR
 - 2. 1. Vollversammlungen
 - 2. 2. Vorstand
 - 2. 3. Mitgliedschaft
 - 2. 4. Bildungsreferent
 - 2. 5. Praktikanten
- 3. Arbeit des SJR
 - 3. 1. Zuschüsse für Jugendverbände
 - 3. 2. Verhältnis zur Stadt und zu den Parteien
 - 3. 2. 1. Verhältnis zur Stadt
 - 3. 2. 2. Verhältnis und Kontakte zu den Parteien
 - 3. 3. Mitarbeit in Ausschüssen
 - 3. 3. 1. Jugendwohlfahrtsausschuß
 - 3. 3. 2. Jugendpflegeausschuß
 - 3. 3. 3. Jugendfürsorgeausschuß
 - 3. 3. 4. Ausschuß für Jugendarbeitsschutz
 - 3. 4. Arbeitsbereich Antifaschismus
 - 3. 5. Offene Jugendarbeit
 - 3. 6. Arbeitskreis Berufsschulen
 - 3. 7. Schülervertretungen anderer Schulen
 - 3. 8. Koordinierende und unterstützende Arbeit des SJR
 - 3. 8. 1. Europaball für nicht geladene Gäste
 - 3. 8. 2. Aktionstag gegen Jugendarbeitslosigkeit
 - 3. 8. 3. Friedensmarkt
 - 3. 8. 4. Aktionsgemeinschaft gegen Kriegsspielzeug
 - 3. 9. Zusammenarbeit mit anderen Verbänden
 - 3.10. Bildungsurlaub
 - 3.11. Internationales
 - 3.12. Zusammenarbeit mit anderen Verbänden
 - 3.13. Filmvorführscheinlehrgänge
 - 3.14. Solidaritätsveranst. mit den ausgesperrten Druckern
 - 3.15. Verschiedenes
- 4. Mittelstreichung
 - 4. 1. Entwicklung
 - 4. 2. Wertung
 - 4. 3. Aktionen gegen die Mittelstreichung

0.

0. Einleitung

Vorstand und Referent für politische Bildung legen hiermit den Rechenschaftsbericht für die Arbeit des letzten Jahres vor. Einen Überblick über die gesamte Wahlperiode (März 77 - März 79) erhält man zusammen mit dem Rechenschaftsbericht, der 1978 vorgelegt wurde.

1.

1. Allgemeine Stichpunkte zur Situation der Jugend

1978 haben sich keine erkennbaren wesentlichen Veränderungen in der Situation der Jugendlichen im Vergleich zum Berichtsjahr 1977 ergeben. Die Überlagerung der Wirkungen der Bevölkerungsentwicklung (Schülerberg und steigende Anzahl ausländischer Jugendlicher) und der wirtschaftlichen Situation (Stagnation, Rationalisierungen, Währungskrise, zunehmende Konzentration, Unabhängigkeit von Rohstoffländern) führen insbesondere bei Jugendlichen zu erheblichen Existenzproblemen. Die persönlichen Erfahrungen und eine realistische Einschätzung der eigenen Lage führen zu Resignation. Folgen in der Jugendarbeit machen sich insbesondere in der Schwierigkeit bemerkbar, ehrenamtliche Mitarbeiter zu finden. Schulstreß, die weitgehende Erfolglosigkeit jeglichen Engagements (siehe Radieschen), die persönlichen Verunsicherungen über die eigene Zukunftsperspektive und die lediglich schwach greifenden sozialen Maßnahmen wie z.B. das Überdecken des Ausbildungsplatzmangels durch ein zehntes Pflichtschuljahr, haben die Motivation zum Engagement vieler Jugendlicher gründlich abgebaut. Die zunehmende Zahl von jugendlichen Drogenabhängigen, die wieder steigende Zahl der Heimeinweisungen, die steigende Zahl von Mitgliedern in rechtsradikalen Jugendorganisationen, die vielen neuen Spielsalons kennzeichnen die Situation.

Auch in der Arbeit des Jugendrings machte sich diese Entwicklung bemerkbar. Um Jugendliche zur Mitarbeit zu motivieren, ist ein erheblich größerer personaler Einsatz erforderlich. Trotzdem war es möglich, im vergangenen Jahr eine große Zahl von Jugendlichen aus den Verbänden und nicht organisierte Jugendliche an der Arbeit des SJR und des Bildungsreferenten zu beteiligen. Eine kontinuierliche Bindung an Arbeitsgruppen hätte aber ein so großes Bemühen und einen so erheblichen Zeitaufwand des Referenten und des Vorstandes erfordert, daß insbesondere der ehrenamtliche Vorstand überfordert worden wäre, der ja von der allgemeinen Entwicklung ebenso betroffen ist. Daher konzentrierte sich die Arbeit im vergangenen Jahr auf wenige Schwerpunkte mit größerem persönlichem Engagement und mehrere kurzfristige Aktionen, die auch von Jugendlichen leichter wahrgenommen werden konnten.

2.

2. Entwicklung der Struktur des SJR

Die Streichung der Mittel für 'allgemeine Arbeit' für 1978 durch CDU/FDP hat im letzten Jahr vor allem die Herausgabe von Infos verhindert. Dadurch wurde die Information über kommunalpolitische Vorgänge erschwert. Auch Einladungen zu Sitzungen konnten nicht mehr im bisherigen Umfang versandt werden, was sicher auch zu Lasten der Teilnehmerzahlen ging. Im vergangenen Jahr hat sich vor allem die Zusammenarbeit mit den drei großen Verbänden weiter verbessert. Die Rolle des SJR als koordinierende und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Verbänden fördernde Stelle hat zugenommen. In dieser Richtung liegen aber noch viele von den Mitgliedsgruppen ungenutzte Möglichkeiten.

2.1.

2.1. Vollversammlungen

Im Jahre 1978 fanden insgesamt 5 Vollversammlungen statt, die leider nicht sehr stark besucht waren (noch nicht einmal von der Hälfte der Mitgliedsgruppen).

Da der Rechenschaftsbericht und der Kassenbericht zur 1. VV (27.2.78 huette) zu kurzfristig versandt wurde, beschäftigte man sich damit auf der 2. VV (14.4. Johannesgemeinde). Zum ersten Mal auf einer VV des SJR bildete man Arbeitsgruppen, um den Rechenschaftsbericht durchzuarbeiten. Aufgrund der guten Erfahrungen wurden die Arbeitsgruppen auch bei den darauffolgenden VV's beibehalten. So beschäftigte sich die 3. VV (22.6. St. Elisabeth) mit Arbeitsgruppen mit folgenden Themen: Neuorganisation der Jugendhausarbeit in Darmstadt, Verbesserung und Veränderung der Förderungsrichtlinien, Antifaschistische Aufklärungsarbeit des SJR, Beratung und Entwurf zum Jugendhilfegesetz. Auf dieser VV verfehlte die DAG-Jugend die 2/3 Mehrheit zur Aufnahme in den SJR nur um eine Stimme. Die 4. VV beschäftigte sich mit dem Thema Kriegsdienstverweigerung-Zivildienst-Kriegsspielzeug (22.9. huette). Die letzte VV im vergangenen Jahr (23.11. Oettinger Villa) beschäftigte sich mit der Streichung der Mittel und der Stelle des Bildungsreferenten.

Dieses Jahr fand bereits eine VV (12.1. Zigarrnkist) zur Bewältigung der Situation nach den Beschlüssen der Mittelstreichung für den SJR statt.

Der Vorstand war bemüht, die VV's so zu strukturieren, daß kommunalpolitische Themen (z.B. Förderungsrichtlinien, Jugendhausverein, Mittelstreichung) und sozialpolitische Themen (z.B. Jugendhilfegesetz, Kriegsdienstverweigerung) an die Mitgliedsgruppen herangetragen wurden. Hierzu haben sich die Arbeitsgruppen bestens bewährt.

2.2. 2.2 Vorstand

1978 hat sich die persönliche Situation aller Vorstandsmitglieder erheblich verändert. Hans Mahlstedt machte seine Diplomprüfung, war danach arbeitslos und fand im Juni eine ABM-Stelle als technischer Angestellter. Stefan Bormann absolvierte sein Anerkennungsjahr als Sozialarbeiter im Jugendzentrum Pfungstadt und arbeitet dort jetzt hauptamtlich. Rolf Bickelhaupt wurde im Berichtsjahr arbeitslos. Wolfgang Arnhold machte seine mittlere Reife nach und besucht seitdem die Fachoberschule. Thomas Haack machte Examen als Religionspädagoge und verließ den Vorstand, um sein Anerkennungsjahr zu machen. Nachfolger wurde Fritz Grau vom Harmonika-Spielring. Diese persönlichen Entwicklungen führten zu wechselndem Engagement in der Vorstandsarbeit. Trotzdem traf sich der Vorstand wöchentlich.

Zur Arbeit des Vorstandes gehörten seit Beginn seiner Tätigkeit erhebliche Unterschiede in der Auffassung über das Wesen der Arbeit des Jugendrings. Insbesondere waren die Vorstellungen über Solidität, Seriösität und Professionalität der gesamten Arbeit, über den Stellenwert der einzelnen Arbeitsbereiche, über das Verhältnis des Jugendrings zu seinen Mitgliedsverbänden so unterschiedlich, daß eine Zusammenarbeit nur unter wenigen Vorstandsmitgliedern möglich war. Daher ist es im Verlauf der Amtsperiode dieses Vorstandes nicht möglich gewesen, auch nur den Ansatz einer Konzeptionsdiskussion zu führen. Zusätzlich durch den Anfall von umfangreicher Verwaltungsarbeit wurde die Vorstandsarbeit insgesamt zur undankbaren Aufgabe. (Hierzu mündliche Erläuterungen bei der Diskussion dieses Berichtes).

Wie schon im vergangenen Berichtsjahr ergaben sich aus der Arbeitsteilung zwischen Bildungsreferent und Vorstand nicht einfach lösbare Fragen: Auf der einen Seite werden Ansprüche an den Jugendring gestellt, als sei auch der Vorstand hauptamtlich beschäftigt, auf der anderen Seite soll der Bildungsreferent keine Vorstandsarbeit machen.

2.3. 2.3. Mitgliedschaft

Im SJR sind zur Zeit 35 Verbände mit nahezu 60 % aller in Darmstadt in Jugendverbänden organisierten Jugendlichen Mitglied. Die freireligiöse Jugend hat 1978 ihre Mitgliedschaft aufgekündigt, nachdem bereits vorher über einen längeren Zeitraum keine Kontakte mehr bestanden. In den uns aufgezwungenen Auseinandersetzungen um die Mittelstreichung ist versäumt worden, in einem Gespräch mit dieser Gruppe über die Gründe ihres Austritts zu sprechen.

Probeweise aufgenommen wurde im Berichtszeitraum die Esperantojugend.

Die endgültige Aufnahme der DAG-Jugend scheiterte knapp an der dazu notwendigen 2/3 Mehrheit, nachdem bereits die probeweise Aufnahme in den Jugendring nur gegen Widerstände erfolgt war. Mit dem griechischen Jugendzentrum fanden Gespräche um deren möglichen Beitritt in den Jugendring statt, die eventuell in nächster Zeit zu einem Antrag auf Mitgliedschaft führen.

2.4.

2.4. Bildungsreferent

Noch stärker als im Vorjahr verfloßen die Grenzen zwischen 'politischer Bildung' und der notwendigen 'Absicherung der politischen Bildung gegenüber Angriffen vor allem von Seiten der CDU.

Die gesamte Arbeit des SJR, so auch die des Bildungsreferenten, mußten unter dem Gesichtspunkt der drohenden Mittelstreichung und deren Abwehr gesehen werden.

Die Arbeit des Bildungsreferenten besteht aus Bildungsarbeit im engeren Sinne (organisieren, vorbereiten und durchführen von Lehrgängen, Arbeitskreisen, Veranstaltungen...) aber auch aus aller in diesem Zusammenhang anfallender Verwaltungs- und Schreiarbeit. Weil dies so ist, wird den Bildungsreferenten auf Landesebene jeweils eine Halbtagskraft für die Verwaltungsarbeit zugeordnet.

Die Zusammenarbeit mit den Verbänden und die Inanspruchnahme des Bildungsreferenten durch die Verbände hat zwar zugenommen, wäre aber in dem Maße noch auszudehnen, wie eine Entlastung des Referenten durch eine Verwaltungskraft stattfinden würde. Stark zugenommen hat die Beratunstätigkeit des Bildungsreferenten für Schüler an Darmstädter Schulen (z.B. in Fragen der Schülerzeitungsarbeit und der Filmarbeit)

2.5.

2.5. Praktikanten

Im vorigen Frühjahr und zur Zeit (Febr. 79) waren und sind wieder Praktikanten beim SJR tätig.

Mit der Streichung der Bildungsreferentenstelle geht auch diese Möglichkeit verloren, die in der Vergangenheit sowohl für die Praktikanten als auch für den Jugendring von Vorteil war.

3.

3. Arbeit des SJR

Trotz der Mittelstreichung durch CDU und FDP konnte der SJR seine Aktivitäten durch ein verstärktes Engagement von Delegierten und anderen am Jugendvertretungsorgan SJR interessierten Aktiven erhalten. Gekennzeichnet war die Arbeit des SJR unter anderem durch das breite abzudeckende politische Bildungsspektrum, durch die anregende Tätigkeit gegenüber der Stadt, ihren Ausschüssen und den Jugendverbänden. Für den Vorstand, den Bildungsreferenten und auch für die Vollversammlung galt, daß ein politischer Bildungsauftrag und Politik im Sinne von unmittelbarer Interessenvertretung mitnichten trennbar sind.

Speziell die Bildungsreferententätigkeit brachte mit sich daß nicht nur Kontakte zu den Jugendverbänden, sondern auch zum politischen Umfeld entstanden.

Zu erwähnen sei an dieser Stelle auch, daß ein Teil der SJR-Arbeit notwendigerweise von dem satzungsgemäßen Auftrag geprägt war, für alle Darmstädter Jugendliche Vertretungsorgan zu sein. Insofern waren die Adressaten der Arbeit nicht nur die im SJR organisierten, sondern auch die nicht organisierten Jugendliche Darmstadts.

3.1.

3.1. Zuschüsse für Jugendverbände

Zu Beginn des Jahres 1978 hat der SJR die Rechner bzw. Gruppenleiter der Mitgliedgruppen zu einem Erfahrungsaustausch und zur Beratung über die Mittelbeantragung aus dem Jugendpflegeetat eingeladen. Die dabei geäußerten Probleme waren Anlaß für den Vorstand, im Frühjahr einen Vorschlag für die Veränderung der Richtlinien zu erstellen (insbesondere Anhebung der Sätze pro Tag und Teilnehmer). Ein Vorschlag dazu wurde im Sommer in der Vollversammlung beraten und verabschiedet, den die Mitglieder des SJR dann in den Jugendpflegeausschuß einbrachten.

Verändert werden sollte auf jeden Fall noch das bürokratische Beantragungs- und Abrechnungsverfahren, das viele ehrenamtliche Rechner stark belastet und die maximale Ausschöpfung dieses Etats teilweise verhindert bzw. erschwert.

So tritt der SJR zur Zeit dafür ein, daß erst nach Verabschiedung des Haushaltes (ca. im Dezember eines Jahres) die Jugendgruppen ihre Anträge für das kommende Jahr stellen und daß dann der Jugendwohlfahrtsausschuß die Verteilung der vom Stadtparlament für diesen Zweck vorgesehenen Gelder beschließt.

3.2.

3.2. Verhältnis zur Stadt und zu den Parteien

3.2.1.

3.2.1. Das Verhältnis zur Stadt, also zum Magistrat, zum Jugenddezernenten und zum Jugendamt war seit der Auseinandersetzung um die Besetzung des Jugendwohlfahrtsausschusses und Jugendpflegeausschusses gespannt. Ziel unserer Arbeit war es, nicht nur die Interessen der Mitgliedsverbände und anderen Organisationen im Jugendbereich an die Stadt heranzutragen, sondern darüber hinaus das Verhältnis von städtischer Jugendarbeit zur Arbeit der freien Verbände und Träger generell zu diskutieren (siehe auch 3,5.: Offene Jugendarbeit). Unsere Arbeit konzentrierte sich dabei auf die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der gesetzlichen Bedeutung des Jugendwohlfahrtsausschusses. Diese Zielsetzung war notwendig geworden, weil massiv Tendenzen sichtbar wurden, die freie Jugend- bzw Sozialarbeit mit ihrer Möglichkeit selbstbestimmter Ziele und Konzepte nicht nur städtischer Kontrolle zu unterwerfen, sondern diese Arbeit durch staatsbestimmte Arbeit zu ersetzen. (Siehe Radieschen und Kinderbauhof). Hinter dieser Tendenz verbirgt sich nicht nur die Ignoranz gegenüber den engagierten Ehrenamtlichen und den von den freien Trägern eingebrachten Mitteln, sondern darüber hinaus ein verfassungswidriges Streben nach Vergößerung der staatlichen Verfügungsgewalt in einem Bereich, der bewußt aus der historischen Erfahrung, primär freien Trägern überlassen wurde. Der Jugendwohlfahrtsausschuß hat daher die Aufgabe, die freien Träger und Verbände an der Verfügung über die staatliche Jugendarbeit teilhaben zu lassen.

Ein krasses Beispiel für die Nichtbeachtung dieser Grundsätze war das totale Übergehen des JWA bei der Besetzung der Stelle des Jugendpflegers. Solche Vorgänge schaffen obendrein keine guten Voraussetzungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit. Ohne Absprache mit dem JWA legte das Jugendamt eine eigene Konzeption zur Jugendhausfrage vor, obwohl der Unterausschuss für Jugendpflege im Auftrag des JWA schon eine Konzeption erarbeitet hatte. Das Jugendamt bzw. der Dezernent arbeitete hier sogar gegen den JWA. Zusammen mit den anderen Mitgliedern im JWA sollte in Zukunft noch stärker darauf geachtet werden, ob der JWA auch entsprechend seinen gesetzlichen Kompetenzen eingeschaltet wird.

Als der Vorstand seinen letzten Rechenschaftsbericht vorlegte, wurde dieser vom Magistrat "missbilligend" zur Kenntnis genommen. Trotz Bemühen ist es bis heute nicht gelungen, zu erfahren, was denn nun eigentlich missbilligt wurde. An eine etwaige Begründung war garnicht zu denken.

Positiv angemerkt werden soll, daß Jugenddezernent Peter Benz die Schirmherrschaft für die Aktion gegen Kriegsspielzeug übernommen hatte, an der auch der SJR beteiligt war. 1979 sollte der SJR bemüht sein, auch seine Vorstellungen über das Jahr des Kindes gestaltend in die Arbeit der Stadt einzubringen, da viele Mitgliedsgruppen über eine große Erfahrung in der Kinderarbeit verfügen.

Wir sind der Meinung, daß von Seiten des Magistrats in der Zusammenarbeit mit dem SJR jegliches Vertrauen - nach Konrad Adenauer die grundlegende Voraussetzung jeder Politik - fehlte.

3.2.2 3.2.2. Verhältnis und Kontakte zu den Parteien

Zu Beginn des Jahres 1978 besuchte der Vorstand alle Fraktionen. Während sich das Verhältnis zur CDU als unverändert und wohl auch unveränderbar kontrovers erwies, zeigte sich die größte Veränderung der Beziehungen zwischen dem SJR und einer Partei bei der FDP. Hatte der SJR in der vorausgegangenen Legislaturperiode keinen stärkeren Förderer in der Stadtverordnetenversammlung als die FDP, so erwies sich die FDP diesmal als total gleichgeschaltet zur CDU. Irgendwelche Ähnlichkeiten zwischen der FDP früher und heute waren nicht erkennbar.

Bei der SPD deutete sich eine langsame Verbesserung des Verhältnisses an. So fanden ausführlichere Gespräche mit der SPD-Fraktion statt. Die Kündigung des Vertrages über den Bildungsreferenten durch den Magistrat, in der die SPD ja noch die Mehrheit hatte, zeigt eher die Zerissenheit der SPD, als das sie eine wirkliche Aussage zum SJR trifft.

Von Seiten der WGD hatte der SJR jederzeit die volle Unterstützung.

Eigentlich hätte die niedrige Wahlbeteiligung junger Menschen die Parteien veranlassen sollen, an die Jugendverbände heranzutreten und diese Fragen konstruktiv zu besprechen. Stattdessen war die Arbeit der Parteien (bis auf die WGD) angesichts der Landtagswahlen ausschließlich von oberflächlichen Legitimationsinteressen geleitet, bzw. von der Absicht, die Jugendarbeit der freien Träger ihren Interessen unterzuordnen (Vergleich Info: Mit Zuckerbrot und Peitsche). Insbesondere die CDU (hier besonders W. Roth) sprach deutlich aus, daß es jetzt darum gehe, ihre Vorstellungen auch in der freien Jugendarbeit zu verwirklichen. Hier zeigt sich in Darmstadt derselbe Trend wie auch in den anderen hessischen Gemeinden, in denen die CDU die Macht übernommen hat, jede selbstbestimmte und dadurch auch emanzipatorische Jugendarbeit zu liquidieren. Die CDU maßt sich Kontroll- und Bestimmungskompetenzen bis in kleinste Detail an, ohne die fachlichen Kenntnisse auch nur andeutungsweise zu besitzen. Die gesetzlichen Befugnisse des JWA werden großzügigst ignoriert.

Alle diese Entwicklungen hat der Vorstand aufgezeigt und versucht dagegen an zu gehen. Denn spätestens hier zeigte sich, daß die Mittelstreichung für den SJR keine isolierte Aktion ist, sondern zu einem widerwärtigen Konzept der Indienstnahme der freien Verbände zur Verfolgung der Ziele der jeweils herrschenden Partei in der Stadtverordnetenversammlung;

3.3. 3. 3. Mitarbeit in Ausschüssen

3.3.1. 3. 3. 1. Jugendwohlfahrtsausschuß (JWA)

Die vom SJR delegierten Mitglieder in diesem Ausschuß sind Peter Kraml (geb. Schmidt) und Stefan Bormann.

Kennzeichnend für die Situation im Jugendwohlfahrtsausschuß ist die Tatsache, daß dieser Ausschuß - eigentlich ein demokratischer Fachausschuß für Jugendfragen mit gewissem Beschlußrecht - in seiner Kompetenz wesentlich beschnitten ist und weitgehend auf einen Beratungs- und Diskussionskreis reduziert wurde.

Die Beschlüsse, die der Ausschuß trotzdem faßte, wurden nicht selten vom Stadtparlament völlig ignoriert.

Für einen kritischen Beobachter entstand wiederholt das Bild, daß die Verwaltung sich hier ihre Entscheidungen absegnen läßt während sich die Mehrheit des Stadtparlaments um den Ausschuß nicht kümmert.

Gegenwärtig tritt der SJR in diesem Ausschuß für die Wiederherstellung seiner Kompetenzen ein. Unmittelbare Auswirkung für die Jugendverbände kann sein, daß das Mittelbeantragungsverfahren in Zukunft wesentlich unbürokratischer gehandhabt werden könnte.

3.3.2. 3.3.2. Jugendpflegeausschuß

Zunächst ist wie auch im vergangenen Jahr festzustellen, daß die Verwaltung des Jugendamtes wiederum Sachzwänge geschaffen hat. Bestes Beispiel hierzu ist die Beratung des Darmstädter Jugendhausvereins in 3 Sondersitzungen des Ausschusses. Nachdem die Beratungen in Zusammenarbeit mit dem Leiter des Jugendamtes abgeschlossen waren, stellte sich dann heraus, daß das Jugendamt einen eigenen Entwurf über die zukünftige darmstädter Jugendhausarbeit erarbeitet hatte, ohne mit dem Jugendpflegeausschuß darüber zu beraten. Offensichtlicher gehts nicht mehr! Dieses Verfahren ist die Fortsetzung der bereits schon von der Jugendamtsverwaltung im Jahre 1977 begonnenen "Sachzwangspolitik". Dies führte zur Frustration nicht nur bei den JPA-Vertretern des SJR. Hier sollte nun für die Zukunft diskutiert werden, ob der SJR unter solchen Umständen noch bereit sein kann, im JPA mitzuarbeiten. Das CDU-Mitglied im Ausschuß, Wilhelm Roth, sowie seine CDU-Fraktion, haben zu Jahresende den Ausschuß öffentlich angegriffen. Der Ausschuß würde die "Mittel nach gutdünken" verteilen, "Genossen" würden bevorzugt. Obwohl Roth bei den Mittelvergabeentschlüssen immer unentschuldig durch Abwesenheit glänzte, diffamierte er die ehrenamtliche Tätigkeit aller Mitglieder des Ausschusses. Hier isolierte er sich jedoch, denn in einer Sondersitzung des JPA wiesen alle anderen Mitglieder, auch der F.D.P.-Vertreter, diese Vorwürfe zurück.

Zum Ausschuß ist noch festzustellen, daß Initiativen lediglich von JPA-Mitgliedern des SJR (z.B. Jugendhausverein, Änderungen der Richtlinien) kamen. Das Verhältnis zu den anderen Mitgliedern, mit Ausnahme mit den Vertretern von CDU und F.D.P., war sehr offen und positiv gut.

Für den Jugendring arbeiten in diesem Gremium Christoph Deuchert, Rolf Bickelhaupt, Wolfgang Arnold, Peter Woernle und Ute Rappold.

3.3.3. 3.3.3. Jugendfürsorgeausschuß

Gemäß einer Forderung des Arbeitskreis Jugendarbeitslosigkeit wurde vom SJR im Jugendwohlfahrtsausschuß die Forderung nach sozialpädagogischer Betreuung der Jugendlichen vertreten, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz finden und deshalb im Berufsvorbereitungsjahr untergebracht werden, sowie die Betreuung der Abgänger der Hauptschulen.

Die Beratung dieser Frage wurde an den Jugendfürsorgeausschuß weiter gegeben, wo deshalb zeitweise für den Stadtjugendring Renate Köhler, Werner Hunkler und Hans Dieter Gimbel mitarbeiteten.

Die Forderung konnte zumindest in ihrem ersten Teil durchgesetzt werden, so daß jetzt Schulsozialarbeit zur Betreuung der Schüler im Berufsvorbereitungsjahr eingerichtet werden soll.